

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 23

Artikel: Russland am Wendepunkt : imperiale Restauration oder nationalstaatlicher Neubeginn?
Autor: Simon, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092809>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Imperiale Restauration oder nationalstaatlicher Neubeginn?

Russland am Wendepunkt

Dem Thema «Osteuropa zwischen Nationalstaat und Integration» widmete die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ihre Tagung von Anfang Oktober in Berlin. Prof. Gerhard Simon analysierte dabei Russlands Position zwischen imperialer Restauration und nationalstaatlichem Neubeginn. Gerade im Zusammenhang mit dem Konflikt in Georgien und der Rolle Russlands dort sowie der neuen Militärdoktrin ist diese Frage von besonderer Bedeutung, weshalb wir hier Simons Vortrag in gekürzter Form publizieren.

Die gewaltigen historischen «Erdstöße» im ehemals kommunistischen Osteuropa seit Ende der achtziger Jahre haben natürlich unsere Perspektive verändert und oft umgekehrt. Während früher unsere Augen nur für die Stabilität, die Normalität und die unverrückbare Realität des gespaltenen Europas gemacht zu sein schienen, sind wir jetzt auf Umbruch, Revolution und Umwälzung aller inneren und äusseren Verhältnisse fixiert. Die tiefgreifenden Veränderungen seit 1989 scheinen historische Prägungen und Kontinuitäten ausser Kraft gesetzt zu haben.

Noch wenig Perspektiven

Zwei Jahre nach dem formalen Ende der UdSSR mag es an der Zeit sein, die Frage zu stellen, was sich in Russland geändert hat und in welcher Richtung dieser Prozess voraussichtlich in der Zukunft verlaufen wird. Auf den ersten Blick erscheint die These von der Überschätzung des Wandels nicht sonderlich überzeugend. Die KPdSU als Herzstück des politischen Systems hat sich aufgelöst, der Apparat der KPdSU als der eigentliche Inhaber der Macht brach zusammen, der Marxismus-Leninismus als weltanschauliche Legitimation der Herrschaft wurde zum Gespött, und — das wichtigste von allem — der Staat Sowjetunion brach in 15 völkerrechtlich selbständige Staaten auseinander, die in kürzester Frist von der Weltgemeinschaft als vollberechtigte Mitglieder anerkannt wurden.

Wir sind Zeugen des Zusammenbruchs des sowjetischen Systems geworden, und insofern ist die Periode der russischen

Geschichte, die 1917 begann, tatsächlich zu einem Ende gekommen. Die Gründe waren innerer Verfall und Degeneration, die seit Jahrzehnten im Gang waren. Aber im Unterschied zu 1917 konnte die alte Ordnung nicht durch eine neue Ordnung von Gesellschaft und Macht ersetzt werden. Es gibt heute in Russland keinen Konsens darüber, wie das Land regiert und wie die Gesellschaft eingerichtet werden soll. Es fehlt auch eine Übereinstimmung darüber, auf welchem Weg über diese lebenswichtigen Fragen der zukünftigen Gestaltung entschieden werden soll.

Demokratische Prozeduren und Werte sind keinesfalls allgemein akzeptiert. In erheblichen Teilen der Gesellschaft und insbesondere bei zahlreichen politischen Gruppen ist man davon überzeugt, dass Russland nur durch ein autoritäres Regime, ja durch eine Diktatur gerettet werden kann. Die Bezeichnung Demokrat ist in einem Teil der Medien und der öffentlichen Diskussion zu einem Schimpfwort geworden und bedeutet etwa Verräter des Vaterlands. Demokrat wird vielfach als negatives Etikett gebraucht, um den politischen Gegner zu diffamieren, ähnlich wie das in der Zeit Bismarcks in Deutschland der Fall war.

Postkommunistische Depression

Wir haben es mit einer paradoxen Situation zu tun. Einerseits ist das kommunistische Regime erstaunlich schnell, ohne wirklich massiven Widerstand zu leisten, zugrunde gegangen. Andererseits bedeutet dies aber keineswegs, dass eine neue politische und soziale Ordnung einfach und rasch errichtet werden kann. Der fehlende Konsens über den zukünftigen Weg Russlands mag jedenfalls zum Teil den erstaunlichen Mangel an Aufbruchstimmung erklären. Das öffentliche Bewusstsein lässt sich eher mit Horror vacui oder einer postkommunistischen Resignation und Depression beschreiben.

Eine postkommunistische Depression beobachten wir in vielen ehemals kommunistischen Ländern, aber nirgendwo scheint sie so stark ausgeprägt zu sein wie in Russland. Dem entspricht ein Mangel an emotionaler Identifizierung mit dem neuen Russland in grossen Tei-

Die Gründe des Zusammenbruchs waren innerer Verfall und Degeneration, die seit Jahrzehnten im Gang waren.

Die Bezeichnung Demokrat ist in einem Teil der Medien und der öffentlichen Diskussion zu einem Schimpfwort geworden.

Nirgendwo scheint die postkommunistische Depression so stark ausgeprägt zu sein wie in Russland.

len der russischen Gesellschaft und der politischen Klasse. Es fehlt an positiven Mythen und Werten, die in der Lage wären, die Gesellschaft zu einen und zu politischem Handeln zu motivieren.

Keine konsequente Distanzierung

So ist heute in Russland eine eher diffuse antikommunistische Grundhaltung weit verbreitet: die Ablehnung der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und die Verurteilung des stalinistischen Terrorregimes. Aber diese Distanzierung von der alten Ordnung bleibt in mancher Beziehung an der Oberfläche und betrifft nicht grundsätzliche Strukturelemente der alten Ordnung. Die Einsicht, dass Sowjetordnung und parlamentarische Demokratie miteinander unvereinbar sind, hat sich offenbar bisher nicht allgemein durchsetzen können.

Die wichtigste Begründung für die These, dass bisher in Russland keine Revolution stattgefunden hat, ist die Tatsache, dass es nicht zu einem durchgreifenden Wechsel der Eliten gekommen ist. Zwar gibt es an der Spitze des Staates und in manchen Regionen neue Leute, die nicht aus der alten Nomenklatura stammen, und einige wenige Dissidente sind zu politischer Prominenz aufgestiegen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass fast überall die alten Eliten in Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt in der Wissenschaft an den entscheidenden Hebeln sitzen.

Möglicherweise ist der Kaderaustausch in den vergangenen fünf Jahren geringer gewesen als zum Beispiel in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre während der Destalinisierung Chruschtschows; er war mit Sicherheit weniger einschneidend als in den Perioden der Stalinschen Säuberungen. Vor allem zwei Gründe sind für diesen Sachverhalt zu nennen. Zum einen haben die alten Eliten selber wesentlich zum Sturz des Sowjetsystems beigetragen und beanspruchen jetzt die Früchte ihres Tuns. Die Ideologie und ein Teil der alten Institutionen verschwanden, die Mächtigen aber glitten rechtzeitig in den verbliebenen Teil der alten Apparate oder in die jetzt neu geschaffenen Institutionen. Zum andern gab es in Russland — anders als in Polen

oder der Tschechischen Republik — keine alternativen Eliten, welche die Führungsfunktionen in Staat und Gesellschaft sogleich hätten übernehmen können.

Dies erklärt, warum die Distanzierung von der kommunistischen Vergangenheit bislang höchst unvollständig geblieben ist, obwohl die alte Ordnung weithin als schlecht galt und die Wiederherstellung aller früheren Verhältnisse eigentlich von niemandem angestrebt wird. Zwei Jahre nach dem Ende der Sowjetunion konnten die Sowjets bisher nicht durch demokratisch legitimierte Parlamente ersetzt werden, politische Parteien befinden sich nach wie vor in einem embryonalen Zustand, politische Blocks und Bewegungen haben sich nicht konsolidieren können und sind von ständigen Spaltungen bedroht.

Eigener russischer Weg?

Das Ende des Kommunismus ist häufig als die Wiederkehr der Geschichte bezeichnet worden. Es scheint, dass die Entwicklungsgrenze zwischen Ostmitteleuropa und Russland wieder schärfer wird. Während seit Mitte der achtziger Jahre die Reformimpulse häufig von Russland ausgingen und manche Staaten Ostmitteleuropas dem russischen Vorbild folgten, ist inzwischen ein deutlicher Rückstand Russlands auf dem Weg zu Demokratisierung und marktwirtschaftlicher Ordnung eingetreten. Zur gleichen Zeit, da die Verwestlichung in Ostmitteleuropa rasch voranschreitet und hier eine möglichst frühe Integration in die internationalen europäischen Strukturen und in die NATO angestrebt wird, verschärft sich in Russland die Auseinandersetzung um die eigene Identität.

Jene Stimmen werden lauter, die für Russland einen eigenen, einen Sonderweg in die Moderne sehen. Russland, so heisst es, habe seine unvergleichliche historische Mission; es gehöre nicht einfach zum Westen und könne nicht den im Grunde schon gescheiterten amerikanisch-europäischen Weg der Zivilisation gehen. Auch die politische Ordnung in Russland müsse und werde nicht einfach eine Kopie westlicher parlamentarisch-demokratischer Vorbilder sein. Russland entdeckt sein eurasisches Erbe.

Russische Identitätskrise

Am schärfsten spiegelt sich die Identitätskrise Russlands in der Auseinandersetzung um das verlorene Imperium. Der radikalste Einschnitt des Jahres 1991 ist der bisher am wenigsten akzeptierte: die Reduktion des Staates auf die Grenzen der Russischen Föderation. Dies ist einer der tiefsten Einschnitte in die

Jene Stimmen werden lauter, die für Russland einen eigenen, einen Sonderweg in die Moderne sehen.

Der radikalste Einschnitt des Jahres 1991 ist der bisher am wenigsten akzeptierte: die Reduktion des Staates auf die Grenzen der Russischen Föderation.

Staatengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, und der Zusammenbruch der Sowjetunion als Staat markiert zugleich das Ende einer jahrhundertalten Tradition des russischen Vielvölkerstaates. Russland und die Russen befinden sich insofern in einer grundsätzlich anderen Situation als die Esten, die Ukrainer oder die Jakuten.

Während die einen mit dem Ende des Kommunismus ihren Staat wiederherhalten haben, die anderen die Chance gewannen, einen eigenen Staat aufzubauen, und dritte auf eine national-kulturelle Wiedergeburt hoffen, haben die Russen ihren Staat verloren. Denn das russische nationale Selbstbewusstsein war im Unterschied zur europäischen Normalität stets zuerst auf den Staat, das Territorium, und erst in zweiter Linie auf das Ethnos, die Nation, gerichtet.

Der russische Staat war im Selbstverständnis der Russen stets mehr als ein europäischer Nationalstaat. Die Einbeziehung anderer Völker und Kulturen war historische Selbstverständlichkeit. Die Russen waren erfolgreiche Reichserbauer, weil für sie der Boden stets wesentlicher als das Blut gewesen ist. Reichsbewusstsein und Nationalbewusstsein fielen zusammen, und jetzt erzwingen die Verhältnisse eine Trennung.

Gefahr erneuter Abkoppelung

In Russland wird das Ende der Sowjetunion weithin als Verlust und Unglück wahrgenommen. Sogar viele derjenigen, die den Zusammenbruch der Sowjetunion für historisch unausweichlich halten, glauben, dass die Nachteile schwerer wiegen als der Gewinn. Das Ende der Sowjetunion gilt vielen als schwerer Schicksalsschlag und nicht als Chance für eine neue und bessere Zukunft. In meiner Sicht war nicht das Ende, sondern der Beginn der Sowjetunion ein Unglück. Lenin und die Bolschewiki stellten mit Waffengewalt und dem von ihnen entwickelten politischen Instrumentarium das Russische Reich in Gestalt der Sowjetunion wieder her und verhinderten damit eine nationalstaatliche Neuordnung im euroasiatischen Raum. Was zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht möglich war, muss jetzt am Ende unseres Jahrhunderts unter veränderten Bedingungen nachgeholt werden.

Zu den schwerwiegenden Folgen gehört die Gefahr einer erneuten Abkoppelung von der allgemeinen europäischen Entwicklung. Denn während Westeuropa auf dem Weg ist, Nationalstaaten zwar nicht abzuschaffen, aber sie doch durch supranationale Strukturen zu überwinden und politisch in eine grössere Einheit einzubinden, tritt der euroasiatische Raum erst jetzt in die Phase der Ausbil-

dung und Konsolidierung nationaler Staaten ein. Die Erfahrung Europas zeigt, dass suprastaatliche Integration offenbar nur auf den Fundamenten konsolidierter Nationalstaaten erfolgen kann.

Reichsbewusstsein kontra Nationalbewusstsein

Aber kann sich Russland zu einem Nationalstaat europäischen Typs wandeln? Bestehen dafür überhaupt Voraussetzungen und der politische Wille? Was die Voraussetzungen angeht, so wird gegen einen solchen Wandel nicht nur die jahrhundertalte Tradition der russischen Reichsbildung vorgebracht, sondern man weist auch darauf hin, dass die Russische Föderation bis heute trotz aller Verkleinerungen doch ein Vielvölkerstaat geblieben sei.

In der Tat leben auch nach dem Ende der Sowjetunion noch zahlreiche nicht-russische Völker in staatlicher Gemeinschaft mit den Russen. Vor allem im mittleren Wolgaraum und im Nordkaukasus siedeln grosse Turkvölker wie die Tataren, ostfinnische Völker und zahlreiche Völker des Kaukasus. Dennoch überzeugt das demographische Argument nicht. Der Anteil der Russen an der Bevölkerung der Russischen Föderation betrug 1989 81,5 %; dieser Anteil steigt durch die Rückwanderung von Russen aus den Nachbarstaaten weiter an.

Damit ist die Russische Föderation national homogener als die meisten anderen Nachfolgestaaten der UdSSR. Niemals in der Neuzeit hatte das russische Ethnos ein so starkes Gewicht im eigenen Staat. Nach den Eroberungen Peters I. stellten die Russen 1719 etwa 70 % der Gesamtbevölkerung des Reichs. Am Ende des 19. Jahrhunderts brachten sie es nur noch auf 44,5 %, und bei der letzten sowjetischen Volkszählung bezeichneten sich 50,8 % der Bevölkerung der Sowjetunion als Russen.

Gerade von den demographischen Voraussetzungen her müssen also die Chancen für einen Wandel zu einem Nationalstaat als gut eingeschätzt werden. Im übrigen ist die vollständige nationale Homogenität weder das Ziel noch die Realität in Europa. Die Bereitschaft und Fähigkeit des Nationalstaates, Minderheiten zu integrieren und zu schützen, ist ein entscheidender Test für die demokratische Zähmung des Nationalstaates. Gerade der russische Staat mit einer jahrhundertalten Erfahrung im Zusammenleben vieler Völker sollte in der

Fortsetzung Seite 12

Lage sein, Autonomieregelungen für die Nichtrussen zu finden.

Neoimperiale Tendenzen

Ob Russland sich zu einem Nationalstaat wandelt, entscheidet sich daran, ob in Russland der politische Wille zur Durchsetzung dieses Ziels ausreicht, das heisst, ob es gelingt, die politische Mentalität zu ändern und imperiale Denkweise und Ansprüche zu überwinden. Dies kann keineswegs als sicher gelten. Das grösste Hindernis für den Wandel Russlands in Richtung auf europäische Normalität sind die Tendenzen zu einer imperialen Restauration, die erst nach dem Ende der Sowjetunion in aller Schärfe hervorgetreten sind.

Neoimperiale Rhetorik bestimmt seit dem Frühjahr 1992 in beträchtlichem Umfang die politische Tagesordnung in Russland. Besonders der Kongress der Volksdeputierten und der Oberste Sowjet waren zu einem Hort der alten und neuen Reichsideologie geworden. Das ist insofern überraschend, als die gleichen Abgeordneten im Sommer 1990 einen entscheidenden Beitrag zur Auflösung der alten Sowjetunion geleistet hatten.

Die Abgeordneten, deren überwältigende Mehrheit post factum den Zerfall der Sowjetunion nicht akzeptiert, verabschiedeten am 12. Juni 1990 beinahe einstimmig die Souveränitätserklärung der RSFSR, die sich hier «das Recht des freien Austritts aus der UdSSR» vorbehielt. Die Souveränitätserklärung deklariert den Vorrang der Gesetze der RSFSR gegenüber Unionsgesetzen und hob damit de facto den alten sowjetischen Zentralstaat aus den Angeln.

Die Position der sogenannten zentristischen, also gemässigten Kräfte formulierte ein Positionspapier des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des Obersten Sowjets unter seinem Vorsitzenden Ambarzumov im August 1992. Das Komitee forderte eine russische Monroe-Doktrin, nach der die Aussenpolitik der Russischen Föderation «auf einer Doktrin beruhen muss, die den gesamten geopolitischen Raum der früheren Union als Sphäre der lebenswichtigen Interessen der Russischen Föderation beansprucht». Die internationale Staatengemeinschaft müsse «die Rolle Russlands als politische und militärische Garantmacht für die Stabilität auf dem gesamten Territorium der ehemaligen UdSSR anerkennen».

«Nahes» und «fernes» Ausland

Präsident Jelzin solidarisierte sich mit der Position, als er Ende Februar 1993

auf einem Forum der «Bürgerunion» sagte: «Der Augenblick ist gekommen, wo die entsprechenden internationalen Organisationen Russland als Garanten des Friedens und der Stabilität auf dem Territorium der ehemaligen Union besondere Vollmachten einräumen müssen.» Auf die empörten Reaktionen aus dem Baltikum, der Ukraine, Georgien, aber auch aus dem «fernen Ausland» reagierte das russische Aussenministerium mit der Versicherung, Russland beanspruche die «besonderen Vollmachten» lediglich «auf Bitten und mit dem Einverständnis der entsprechenden Republiken».

Es fällt in Russland schwer, sich darauf einzustellen, in Zukunft ein Land wie jedes andere zu sein. Die Vorstellung von Russland als «Überstaat» ist tief mit dem nationalen Selbstverständnis verknüpft. Die so verstandene Rolle als «Grossmacht» bedeutet die Überzeugung, der Zerfall der Sowjetunion sei, jedenfalls in seiner gegenwärtigen Form, nicht endgültig. Zwar hat Russland völkerrechtlich verbindlich die Unabhängigkeit aller neuen Staaten anerkannt, aber in der politischen Publizistik und der politikwissenschaftlichen Reflexion werden massive Zweifel daran geäussert, dass die politische Landkarte, so, wie sie im Dezember 1991 entstanden ist, auf längere Zeit Bestand haben wird.

Zum Beispiel die Krim

Insbesondere zwei Faktoren machen es dem politischen Russland heute schwer, die neue politische Landkarte als endgültig anzuerkennen: Russland selber und die Tatsache, dass 25 Millionen Russen ausserhalb der Grenzen der Russischen Föderation leben. Zahlreiche politische Gruppierungen in Russland sind bis heute nicht bereit, in der Unabhängigkeit der Ukraine etwas Endgültiges zu sehen. Zwar hat Russland de jure die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt, de facto aber verweigern grosse Teile der politischen Klasse in Russland diese Anerkennung.

So erklärte der Oberste Sowjet in einem Beschluss im Mai 1992 die administrative Zuordnung der Krim zur Ukraine, die 1954 erfolgt war, «für null und nichtig von Anfang an». Mit der Krim ist die Verfügung über die ehemalige sowjetische Schwarzmeerflotte aufs engste verbunden, und führende russische Politiker liessen keinen Zweifel daran, dass die Schwarzmeerflotte Russland gehören müsse. Im Juli 1993 ging der Oberste Sowjet in Moskau noch einen Schritt weiter und erklärte in einer Resolution gegen jedes Völkerrecht, Sewastopol — Hauptquartier der Schwarzmeerflotte — sei und bleibe Teil des Territoriums der Russischen Föderation. Präsident Jelzin

«Der Augenblick ist gekommen, wo die entsprechenden internationalen Organisationen Russland als Garanten des Friedens und der Stabilität auf dem Territorium der ehemaligen Union besondere Vollmachten einräumen müssen.»
(Präsident Jelzin, Februar 1993)

distanzierte sich davon und sagte, er schäme sich für diesen Beschluss.

Manche Spekulationen in Russland richten sich darauf, dass die ukrainische Staatsbildung von selbst in sich zusammenbricht, und ganz unbegründet sind solche Überlegungen nicht. In einem Positionspapier des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften wurde im Frühsommer 1992 empfohlen, «die Grundelemente der Kooperation und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern aufrechtzuerhalten durch die Kombination einer Politik der Versöhnung, des Drucks und der umfassenden Nutzung internationaler Instrumente und so abzuwarten, bis sich in Kiew die Periode des Strebens nach Selbstbehauptung überlebt».

«Ausland»-Russen als Grundlage für Föderation?

Ausser durch die ukrainische staatliche Unabhängigkeit ist das russische imperiale Selbstbewusstsein dadurch tief getroffen, dass nach dem Ende der UdSSR 25 Millionen Russen ausserhalb der Grenzen der Russischen Föderation leben. Sie waren seit Generationen — bereits vor 1917 — ein wichtiger natürlicher Garant für die Stabilität des Imperiums. In sowjetischer Zeit sind die Zahl und die Rolle der Russen als Zement des Imperiums nachdrücklich ausgebaut worden. Die neoimperialen Kräfte sind nicht bereit, dieses Instrument des russischen Einflusses im «nahen Ausland» aus der Hand zu geben.

Mit Hilfe der russischen Minderheiten soll auf dem Boden der alten UdSSR eine Art neue Föderation oder Konföderation unter russischer Führung errichtet werden. Der stellvertretende Direktor des Europa-Instituts, Karaganow, bezeichnete die Russen im «nahen Ausland» als eine «mächtige ökonomische und politische Enklave, die Grundlage unseres politischen Einflusses sein wird». Die hier skizzierten Positionen markieren im politischen Spektrum eine mittlere, gemässigte Linie. Die radikale kommunistische und chauvinistische Opposition redet eine andere Sprache, so etwa Sergej Baburin, bis zum Sommer 1993 einer der Führer der Front der nationalen Rettung: «Entweder die Ukraine vereinigt sich wieder mit Russland, oder es wird Krieg geben.»

Eigenmächtige Armee?

Imperiale Restauration findet nicht nur in den Köpfen und in der politischen Rhetorik statt, sie kommt auch aus Geschützrohren, obwohl das militärische

Das russische imperiale Selbstbewusstsein ist auch dadurch tief getroffen, dass nun 25 Millionen Russen ausserhalb der Grenzen der Russischen Föderation leben.

Engagement bisher in Grenzen geblieben ist. In drei ehemaligen Unionsrepubliken der Sowjetunion, die nicht der GUS beitraten oder sie später verliessen — in Moldova, Aserbaidshan und Georgien —, wurde und wird militärischer Druck auf die Regierungen ausgeübt. Dies geschieht offenbar auch in der Absicht, die Abtrünnigen zurück an die Seite Russlands zu zwingen.

Im Falle Aserbaidshans ist dies bereits gelungen. Das alt-neue aserbaidshansische Staatsoberhaupt Aliew verbindet mit der neuen Anlehnung an Moskau die Erwartung, das russische Militär werde die einseitige Unterstützung der Karabach-Armenier mit militärischem Gerät aufgeben. Der georgische Staatspräsident Schewardnadse bot nach der sich abzeichnenden militärischen Niederlage in Abchasien im September 1993 den Beitritt Georgiens zur GUS an. Dieses Angebot kam aber offenbar zu spät, die russische militärische Unterstützung für Abchasien wurde erfolgreich zu Ende geführt. (Inzwischen aber steht das russische Militär wieder auf seiten der georgischen Streitkräfte bei der Rückeroberung Abchasiens; Anm. d. Red.)

Manches spricht dafür, dass bei diesen militärischen Aktionen Teile der russischen Armee eigenständig Politik machen und Krieg führen. Ohne eine zumindest passive Deckung durch die Armeeführung dürfte dies jedoch nicht möglich sein. Präsident Jelzin ist wegen der tatsächlichen Machtverhältnisse offenbar nicht in der Lage oder willens, sich von den militärischen Aktionen zu distanzieren. Russische Kämpfer aus Abchasien, dem Kaukasus und der Dnjestr-Republik waren bei dem Aufbruch am 3. Oktober 1993 in Moskau dabei.

Gegensätzliche Meinungen

Ob und wie weit die restaurativen Tendenzen von der russischen Gesellschaft insgesamt geteilt werden oder ob ihre Wurzeln dort eher schwach und unsicher sind, ist eine offene Frage. Jedenfalls ist die russische Gesellschaft in den gegenwärtigen Strukturen der Macht und vor allem in den Sowjets nicht angemessen vertreten. Das Referendum vom 25. April 1993 hat zum wiederholten Mal deutlich gemacht, dass der russische Wähler insgesamt reformfreudig, umsichtiger und moderater ist als die überwiegende Mehrheit derer, die sich in den Sowjets und in den Bürokratien als die Sprecher des russischen Volkswillens ausgeben.

Es scheint so, dass die Wiederherstellung des Imperiums oder Grossmachtambitionen in der Gesellschaft nicht sehr tief verankert sind, auch wenn es

Eine Sonderrolle Russlands im euroasiatischen Raum und der Anspruch auf eine hegemoniale Stellung geraten unausweichlich in Konflikt mit der Demokratisierung Russlands im Inneren.

Der künftige Weg Russlands wird auch unsere Verhältnisse mitbestimmen.

viele Menschen mit Bitterkeit erfüllt, dass Russland seine frühere Rolle verloren und eine neue noch nicht gefunden hat. Es könnte sein, dass bei Wahlen jene Parteien und Gruppierungen, die neoimperialen Positionen einen hohen Stellenwert einräumen, bei den Wählern eher mässigen Anklang finden.

Die Reichsbewahrer beherrschen die öffentliche Diskussion nicht ausschliesslich. Ihnen treten Politiker und Publizisten entgegen, die einen neuen nationalstaatlichen Aufbruch für Russland fordern. Das Imperium — so argumentieren sie — hat seit langem die Kräfte Russlands überanstrengt. Die Rückständigkeit Russlands sei geradezu die Folge einer imperialen Politik, die das Land je länger, desto mehr ausgezehrt habe. Seit Ende der achtziger Jahre sind radikal-demokratische Gruppen in Russland mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Sowjetunion eingetreten. Sie sehen im Ende des Imperiums den Beginn einer neuen demokratischen Zukunft für Russland.

Entgegen der Neuauflage einer Monroe-Doktrin wird von radikaler demokratischer Seite geltend gemacht, dass «die russische Armee auf dem Territorium der früheren UdSSR nicht Friedensstifter sein kann», wie die Witwe Andrej Sacharows, Jelena Bonner, es formulierte. Die Erfahrung der europäischen Geschichte lehrt, dass ehemalige Kolonial- und Hegemonialmächte nirgendwo in der Lage waren, ihre Vorherrschaft sozusagen auf niedrigerem Niveau wiederzuerichten.

Hegemonie oder Demokratie?

Eine Sonderrolle Russlands im euroasiatischen Raum und der Anspruch auf eine hegemoniale Stellung geraten unausweichlich in Konflikt mit der Demokratisierung Russlands im Inneren. «Eine Politik, die auf die Bewahrung der

Einheit des ehemaligen sowjetischen Raums und auf die Reintegration dieses Raums gerichtet ist, gerät in Gegensatz zur Politik der Reformen», meinte Andrej Sagorskij, der Prorektor des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen, im Mai 1993 über diese Situation.

Russland steht vor der Wahl: Entweder es fordert seine Rolle als Hegemon auf dem euroasiatischen Kontinent zurück, dominiert seine Nachbarn durch wirtschaftlichen Druck und militärische Macht und wird zugleich im Inneren von einem autoritär-nationalistischen Regime regiert, oder es akzeptiert eine Rolle als normalen, nicht universalen Staat, der mit Estland nach den Normen des Völkerrechts auf gleicher Stufe steht; Russland geht seinen Weg in Richtung auf die Einrichtung eines Rechtsstaats und einer bürgerlichen Gesellschaft im Inneren.

Es erscheint ausgeschlossen, dass Russland zugleich eine autoritäre und hegemoniale Politik gegenüber seinen Nachbarn betreiben und im Inneren die Entwicklung demokratischer Institutionen und Prozeduren vorantreiben könnte. Auseinandersetzungen über den zukünftigen Weg Russlands sind nicht ausgeschlossen, auch nicht nach dem 3. Oktober; sie werden uns voraussichtlich noch viele Jahre begleiten und deshalb unsere eigenen Verhältnisse mitbestimmen. ■

Jörg Maier
Dipl. Malermeister
Betriebsökonom
Diplom-SIU



Unternehmensberatung Maier

**Wenn Zweifel und Nöte drücken
brauchen Sie eine Unternehmensberatung.**

Kirchplatz 4
8400 Winterthur
Telefon 052 212 11 77